

EU-Haushalt

Südländer bekommen weniger

Trotz der Erweiterung um zehn Länder im Jahr 2004 hat die Europäische Union ihren Haushalt – gemessen an der Wirtschaftskraft – in den vergangenen Jahren kaum aufgestockt. So entsprach das EU-Budget im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2003 etwa 0,93 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) in der Gemeinschaft. Für 2008 sind laut Haushaltsplan Ausgaben von gut 120 Milliarden Euro vorgesehen – das sind 0,96 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung.

Da die neuen EU-Mitgliedsstaaten allesamt Nettoempfänger der aus dem Gemeinschaftsbudget finanzierten Mittel sind, mussten die meisten bisherigen Mitglieder etwas abgeben. So bekommen Spanien, Irland, Portugal und Griechenland zwar nach wie vor per saldo Geld aus der EU-Kasse. Doch während sie im Schnitt der Jahre 2000 bis 2003 zwischen 1,1 und 2,9 Prozent ihres jeweiligen BNE von der EU erhalten hatten, waren es 2005 und 2006 nur noch 0,5 bis 2,4 Prozent. Einige Nettozahler wie Dänemark, Italien, Frankreich und die Niederlande müssen unterm Strich nun einen größeren Teil ihres Einkommens an Brüssel abführen als früher. Deutschland hingegen hat seine Position leicht verbessert – 2000 bis 2003 steuerte die Bundesrepublik im Jahresmittel 0,33 Prozent ihres BNE zum EU-Haushalt bei, 2005 und 2006 dagegen durchschnittlich 0,27 Prozent.

Berthold Busch: Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Entwicklung und Verteilung des EU-Haushalts, in: IW-Trends 3/2008

Gesprächspartner im IW: **Dr. Berthold Busch, Telefon: 0221 4981-762**

EU-Haushalt

Gleich viel zu verteilen

Die Europäische Union hat ihren Haushalt nach der Erweiterung um zehn Länder im Jahr 2004 zwar nominal aufgestockt, gemessen am gesamtwirtschaftlichen Einkommen der Gemeinschaft blieb der Topf, aus dem die zahlreichen Fördermittel fließen, aber nahezu gleich groß. Manche bisherige Nehmerländer erhalten wegen der neuen Mitglieder allerdings weniger aus der Brüsseler Kasse.*)

Das wird teuer, dachten viele, als die Europäische Union (EU) am 1. Mai 2004 zehn neue, überwiegend ärmere und zum Teil landwirtschaftlich geprägte Mit-

gliedsstaaten aufnahm. Immerhin fließen mehr als drei von vier Euro aus EU-Töpfen in die Agrar- und Strukturpolitik.

Inzwischen ist die Gemeinschaftskasse tatsächlich besser gefüllt und die EU kann entsprechend mehr für alte und neue Belange springen lassen. Noch 2003, dem letzten Jahr der alten Union, waren es 90,6 Milliarden Euro, 2006 gab die Gemeinschaft 106,6 Milliarden Euro aus.

Wie viel ein Mitglied beisteuert bzw. vom Finanzkuchen abbekommt, hängt auch davon ab, wie weit es vom durchschnittlichen Wohlstandsniveau in der Union entfernt ist. Reiche Länder überweisen unter dem Strich viel nach Brüssel, ärmere kaum etwas oder sie bekommen Geld. Die absolute Summe sagt dabei nur wenig aus; wie sehr der Obolus jeweils ins Gewicht fällt, hängt vielmehr von der Wirtschaftsleistung eines Landes ab.

So hat Deutschland im Jahr 2006 netto mehr als 6,3 Milliarden Euro in den EU-Topf gezahlt, was 0,27 Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) entsprach. Die Niederlande überwiesen mit netto 2,6 Milliarden Euro nominal nicht einmal die Hälfte, was aber 0,47 Prozent ihres BNE ausmachte – und waren so gesehen der größte Nettozahler der EU.

Überträgt man diese Rechnung auf die gesamte Union, ist das Budget trotz Erweiterung und nominaler Aufstockung nahezu stabil geblieben. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2003 sowie 2006 entsprach der Haushalt etwa 0,93 Prozent des EU-BNE. Für 2007 und 2008 sind Ausgaben in Höhe von knapp 114 und gut 120 Milliarden Euro vorgesehen – das sind 0,95 bzw. 0,96 Prozent des gesamtwirtschaftlichen EU-Einkommens.

Dass der EU-Etat mit der größeren Union nicht aus den

Fugen gerät, haben bereits 2002 die europäischen Regierungschefs beschlossen. Demnach sollten die neuen Mitglieder im Jahr 2004 zunächst nur für die Landwirtschaft Direktzahlungen in Höhe von 25 Prozent des Beihilfeniveaus der alten EU erhalten. Diese Unterstützung soll bis 2013 an das Niveau der bisherigen Mitglieder herangeführt werden.

Da alle neuen Mitglieder Nettoempfänger sind, mussten die alten etwas abgeben. Eine Analyse des Haushalts macht deutlich, was die 15 Oldies für die vier Jahre vor der Erweiterung 2004 und zwei Jahre danach in den EU-Topf eingezahlt oder was sie daraus bekommen haben. Auf das jeweilige BNE bezogen zeigt sich (Grafik):

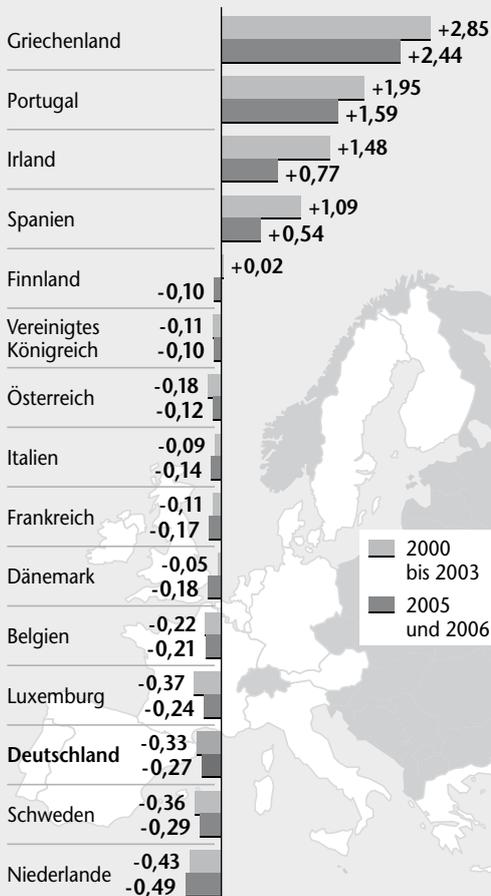
Griechenland, Portugal, Irland und Spanien sind zwar nach wie vor Nettoempfänger, bekommen aber weniger aus dem EU-Haushalt.

Finnland hatte bis zur Erweiterung per saldo Geld aus der EU-Kasse erhalten, ist aber nun Nettozahler. Dänemark, Italien, Frankreich und die Niederlande zahlen unterm Strich jeweils mehr als vorher. Etwas weniger als vor der Erweiterung überweisen Österreich, Schweden sowie Luxemburg nach Brüssel. Auch Deutschland hat seine Position leicht verbessert.

*) Vgl. Berthold Busch: Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Entwicklung und Verteilung des EU-Haushalts, in: IW-Trends 3/2008

EU-Haushalt: Karten neu gemischt

So viel Prozent ihres jeweiligen Bruttonationaleinkommens zahlten die 15 alten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Durchschnitt der Jahre ... netto in den EU-Haushalt ein (-) bzw. erhielten sie daraus (+)



Europäische Union: im Jahr 2004 von 15 auf 25 Mitgliedsstaaten erweitert
 Ursprungsdaten: Europäische Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln